

Hidden Agendas:
Geopolitik, Terrorismus und Populismus

Zusammenhänge
Erklärungsmodelle
Lösungsansätze

Christian J. Jäggi

Verlag Traugott Bautz GmbH
Nordhausen 2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

© Verlag Traugott Bautz GmbH
98734 Nordhausen 2017
ISBN 978-3-95948-010-9

Inhalt

Einführung	11
Teil 1: Die vordergründige Sicht: Politische Konfliktanalysen.....	13
1. Die Oberfläche: Die drei Seiten der Medaille: Geopolitik, Terrorismus und Populismus	13
1.1 Geopolitischer Hegemonialismus: Kriege als Fortsetzung der Politik .	15
USA	17
Russland	21
China.....	23
EU oder Europa?.....	24
Regionale Akteure: Iran, Türkei, Saudiarabien.....	26
1.2 Terrorismus	27
Das Problem der Gewalt.....	31
Religion und Gewalt	33
Religiöser Terrorismus.....	37
Neueste Entwicklungen terroristischer Bewegungen	44
Zur Finanzierung von Terrorismus.....	45
Medien und Terrorismus.....	48
Die zunehmende Privatisierung des Krieges	51
1.3 Die populistische Antwort	56
Erscheinungsformen des Populismus.....	62
Populismus und Islamophobie	65
Populismus als Gefahr für die Demokratie?.....	67
Literatur	71

Teil 2: Politische Ziele im Hintergrund: Politische Strategieberichtungen	81
2. Exkurs: Elemente der politikwissenschaftlichen Analyse.....	83
2.1 Politik, politische Akteure und Demokratie	83
2.2 Fragen in der Politologie	86
2.3 Politologische Theorien	87
2.4 Huntingtons Clash of Civilizations als falsche Antwort	99
2.5 Policy and Politics	111
Policy	114
Politics	118
Literatur	120
3. Die Tiefenstruktur: Strategische Ziele der Konfliktparteien.....	123
3.1 Strategische Ziele der Geopolitik mit militärischen Mitteln	123
3.2 Strategische Ziele des Terrorismus	126
Strategische Aspekte von terroristischer Gewalt.....	128
Militärische Geopolitik und dschihadistischer Terror	129
3.3 Strategische Ziele des Populismus	133
Der Populismus als Ideologie und als Strategie	134
Populismus und militärische Geopolitik Hand in Hand	140
Literatur	141
Teil 3: Gegenstrategien: Die Ebene der Politik	145
4. Die demokratische Antwort	147
Das demokratische Modell am Ende?	147
Immanente Widersprüche im Demokratiekonzept	151
Fragen zur direkten und zur parlamentarischen Demokratie.....	158

Was für ein demokratischer Staat?	164
Demokratien und Gewalt	166
Literatur	173
5. Menschenrechte als Grundlage	179
Verfassung, Demokratie und Menschenrechte	182
Demokratie ohne Grundwerte ist keine Demokratie.....	190
Literatur	192
6. Der Einsatz von Gewalt als legitime Strategie.....	195
Gerechte Kriege?	195
Literatur	201
7. Überwindung der Nationalstaaten.....	203
Fragile States	214
Fragile Staaten als Eigner von Bodenschätzen und Gewaltmärkten.....	217
Afghanistan.....	218
„Fragile states“ und „failed states“	219
Zur Frage der Transnationalität.....	223
Global Governance als Lösung?	229
Literatur	243
8. Staat, sozio-kultureller Code und gesellschaftliche Kommunikation.....	251
Literatur	268
9. Friedensfördernde Strategien als Antwort.....	271
9.1 Friedensfördernde Missionen	271
9.2 Peacekeeping oder friedenserhaltende Missionen.....	277
9.3 Peacebuilding oder friedensbildende Missionen	280

Literatur	290
10. Globale Regierung	295
Anarchisches Weltsystem	295
Demokratischer Weltstaat als Lösung?	298
Ethik in der Politik als <i>conditio sine qua non</i>	300
Literatur	302
11. Die Regeln ändern	305

In Dankbarkeit meiner Frau Daniela

Einführung

Im Jahr 2016 hat sich in der Weltpolitik etwas Entscheidendes geändert. Autokraten wie Recep Erdogan, Vladimir Putin, Rodrigo Duterte und Nicolás Maduro geben die politische Agenda vor, nationalistische Populisten wie Viktor Orban, Nigel Farage, Jaroslaw Kaczynski, Marine Le Pen, Geert Wilders und – last but not least – Donald Trump höhlen die Demokratie aus oder funktionieren sie für ihre Zwecke um.

Alte Links-Rechts-Schemata scheinen endgültig überholt, populistische Haltungen im Sinne von „Wir gegen die Anderen“ sind an die Stelle von weltanschaulichen und wertorientierten Orientierungsrahmen getreten. Konservative, Liberale, Sozialdemokraten und Sozialisten sind gleichermaßen hilflos gegen neue Demagogen, und die politischen Eliten finden sich durch neue nationalistische Strömungen minorisiert und durch Politclowns, die sich um politische oder wirtschaftliche Wahrheiten und Kohärenz foutieren, lächerlich gemacht. Die politischen Eliten haben viel von ihrer Handlungs- und Definitionsmacht verloren, sie können nur noch reagieren – und sie tun das oft hilflos und wenig kohärent. Alte Populisten treffen sich mit neuen Populisten – und überbieten sich im Abbau der Grundrechte, der individuellen Freiheiten und der demokratischen Prozesse.

Dieser Band versucht, die zentralen politischen Fragestellungen aus jüngsten weltpolitischen Entwicklungen herauszuarbeiten. Das geschieht auf der einen Seite mit einem politologischen Instrumentarium. Im ersten Teil werden die grossen politischen Konfliktlinien und das Zusammenspiel von geostrategi-

schem Interventionismus, Terrorismus und Populismus analysiert. Im zweiten Teil kommen die dahinter liegenden politischen Strategien zu Sprache. Im dritten Teil werden mögliche Gegenstrategien auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten, die Rolle der (legitimierten) Gewalt, die Grenzen der Nationalstaaten sowie Fragen der gesellschaftlich-staatlichen Kommunikation diskutiert.

Teil 1: Die vordergründige Sicht: Politische Konfliktanalysen

1. Die Oberfläche: Die drei Seiten der Medaille: Geopolitik, Terrorismus und Populismus

Fallbeispiel 1: USA

Am 25. Januar 2017 unterzeichnete der neu gewählte Präsident der USA, Donald Trump, ein Dekret, das eines seiner Wahlversprechen verwirklichen sollte: Die Errichtung einer Mauer gegen Mexiko (vgl. Winkler 2017:1). Dabei sollten die Mexikaner diese Mauer bezahlen – die Rede war von einer 20-prozentigen Importsteuer für Importe aus Mexiko. Die Mauer sollte die illegale Immigration und den Drogenhandel in die USA verhindern. Schätzungen gingen davon aus, dass die Mauer entlang der 3200 Kilometer langen Grenze zwischen den USA und Mexiko rund 14 Milliarden Dollar kosten soll (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27.1.2017:1). Das ist nicht nur ein finanzieller Unsinn, sondern auch Ausdruck einer menschenverachtenden Wende in der amerikanischen Politik.

Kritiker monierten zu Recht, dass Erfahrungen zum Beispiel in Europa gezeigt haben, dass physische Hindernisse wie Grenzzäune und Mauern die illegale Migration lediglich verlagert und zu längeren, teureren und oft gefährlicheren Umwegen zwingt.

Als Rick Perry 2012 noch Gouverneur von Texas war, hatte er den Satz geprägt: „Wenn man einen 30 Fuss hohen Zaun baut, boomt das Geschäft mit 35 Fuss langen Leitern“ (zitiert nach Winkler 2017:1). Fünf Jahre später, als Energieminister Trumps, hielt er zur Frage der Grenzbefestigung wohlweislich den Mund.

Fallbeispiel 2: Somalia

Am 25. Januar 2017 forderte einer der bisher schwersten Terroranschläge gegen das Hotel „Dayah“ in Mogadiscio 28 Todesopfer und 50 Verletzte. Unter den Toten waren ein Selbstmordattentäter und fünf weitere Angreifer. Die islamistische Miliz Al-Shabab reklamierte die Urheberschaft des Attentats für sich. Zuerst war ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug vor den Hoteleingang gestellt worden, danach stürmten bewaffnete Männer das Hotel und kurze

Zeit später wurde eine weitere Autobombe gezündet (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 26.1.2017:2).

Fallbeispiel 3: Irak

Zwischen Mitte 2014 und Ende 2016 wurden fast 50.000 irakische Zivilisten Opfer der Gewalt im Irak. Allein im Jahr 2016 wurden 16.361 Zivilisten getötet, darunter Hunderte von Kindern. Laut einer irakischen NGO kamen 2016 ausserdem durch Bombardements durch die von den USA angeführten Anti-IS-Koalition 2039 Zivilisten ums Leben, darunter fast ein Drittel Kinder. Seit dem Beginn der Offensive der irakischen Armee Mitte Oktober 2016 bis Ende Januar 2017 flohen rund 160.000 Personen aus Mossul (vgl. Rogg 2017:7).

Bei all diesen Ereignissen und Handlungen – die Meldungen stammen übrigens alle aus der gleichen Ausgabe der Neuen Zürcher Zeitung – stellt sich die Frage, wozu das gut sein soll und was die Akteure damit erreichen wollen. Glaubt Trump im Ernst daran, dass eine Mauer den Drogenhandel und die illegale Einwanderung in die USA aufhalten wird? Sieht die Shabab-Miliz den Mord an 28 Menschen wirklich als Schritt zur Verwirklichung eines Gottesstaates in Somalia an? Ist der Krieg, sind Bombardierungen wirklich der einzige Weg, um Terrormilizen zu stoppen – und umgekehrt: glauben die Kämpfer des IS wirklich, dass sie auf diese Weise ein neues Kalifat gründen können?

Die politische Auseinandersetzung konzentriert sich heute auf drei Fronten: Auf **populistische Abwehr und Dämonisierung** abweichender oder angeblich „fremder“ Lebensformen und Denkweisen wie etwa des Islams im Westen, auf **antiwestlichen und antidemokratischen Terror dschihadistisch-salafistischer Milizen** im Nahen und Mittleren Osten und – sozusagen dazwischen – auf **geopolitische Grossmachtbestrebungen der Supermächte USA und Russland**

(und ansatzweise auch Chinas) sowie regionaler Mächte wie Saudiarabien, Iran und der Türkei unter Einsatz militärischer Mittel.

Dabei sind alle drei Bereiche – also geopolitischer Hegemonialismus, Terrorismus und Populismus – gegenüber den beiden anderen funktional. Anders gesagt: Alle drei bedingen einander: Die militärische Geopolitik ist ohne den Terrorismus in dieser Form kaum denkbar, der dschihadistische Terrorismus versteht sich als Antwort auf den geopolitischen Hegemonialismus des Westens und der anderen Grossmächte, und der Populismus sieht sich gleichzeitig als Antwort auf die hegemoniale politische Elite und als Antwort auf die „fremden“ Terroristen.

1.1 Geopolitischer Hegemonialismus: Kriege als Fortsetzung der Politik

Im Unterschied zu klassischen geopolitischen Theorien hat der Ansatz der Critical Geopolitics gezeigt, dass geopolitisch-territoriale Begrifflichkeiten nicht nur für kollektive Stimmungsmache oder Solidarisierungseffekte genutzt werden oder werden können, sondern auch zur „rhetorischen Legitimierung von Ab- und Ausgrenzung“ (Albert et al. 2010:565). Nach Meinung dieser Autoren liegt darin der „Ausgangspunkt für die gefährliche politische Instrumentalisierung, für den strategischen Missbrauch geopolitischer Weltbilder“ (Albert et al. 2010:565). So werden in den Augen der kritischen Geopolitik „räumliche Ordnungen oder räumliche Weltbilder ... als Ergebnis einer diskursiven Praxis verstanden, ‚mit deren Hilfe diese Wirklichkeit erst produziert wird‘“ (Meyer 2014:19). Dabei werden komplexe soziale, ökonomische oder politische Zu-

sammenhänge auf „räumlich eingängliche Chiffren“ (Albert et al. 2010:565) reduziert und für die eigenen politischen Absichten nutzbar gemacht. So werden Kriege für andere, verdeckte Zwecke geführt, ethnische oder weltanschaulich-religiöse Verfolgung, Vertreibung und Säuberung begründet und ganz allgemein die eigentlichen Ziele versteckt. Es entstehen „Hidden Agendas“, die ganz anderen Zwecken dienen als öffentlich angegeben.

Li Xing (2016:44) sieht die aktuelle globalpolitische Situation als Ära der „interdependenten Hegemonie“ an, wobei als Grundmotivation einer solchen Politik „nationale Interessen“ im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse stehen. Dabei zeige sich die „interdependente Hegemonie“ in Form anti-westlicher Allianzen zur Erreichung politischer Ziele, wobei diese Allianzen nicht wertebasiert, sondern themenbasiert seien. Diese Allianzen stellten den Versuch dar, unilaterale Hegemonialpolitik – wie sie der Westen über Jahrzehnte betrieben habe – durch einen Multilateralismus zu ersetzen. Die so entstehenden Allianzen seien in der Regel Fall-zu-Fall-Allianzen, die besonders auch von neu entstehenden Mächten („emerging powers“) wie zum Beispiel China, Indien oder Brasilien eingegangen würden.

Diese neue Art von „multilateralem Hegemonialismus“ führt zu einer doppelten Gefahr: Auf der einen Seite nimmt die Wahrscheinlichkeit gewaltsam ausgetragener Konflikte zu, da sehr verschiedene Interessenparteien in die verschiedenen Konflikte involviert sind, wie etwa in Syrien, Irak, Afghanistan oder Libyen. Auf der anderen Seite sind die USA und ihre Verbündeten schneller

bereit, Gewalt anzuwenden, weil sie das Gefühl haben, ihre in Frage gestellte hegemoniale Position insbesondere auch militärisch verteidigen zu müssen.

USA

Henry Kissinger (2014:265) hat darauf hingewiesen, dass die amerikanische Aussenpolitik mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Überzeugung beruhte, dass die inneren Prinzipien der USA „selbstverständlich universal seien“. Die USA sähen die eigentliche Herausforderung ihrer aussenpolitischen Engagements nicht als Aussenpolitik im klassischen Sinn, sondern „als Projekt“, durch welches Amerika „jene Werte verbreiten kann, von denen es annimmt, dass alle anderen Völker sie gerne übernehmen würden“ (Kissinger 2014:265). Gleichzeitig behauptet Kissinger, die USA hätten jedoch jeglicher imperialistischer Absicht abgeschworen. Doch was ist ein solcher Versuch, seine sozio-kulturellen Werte auf alle Länder auszudehnen, anderes, als eine klassisch imperialistische Politik? Auch das Imperium Romanum hat beansprucht, die eigenen Werte, Normen und Rechtsvorstellungen auf alle unterworfenen Völker auszudehnen, ebenso wie die revolutionäre Sowjetunion nach der Russischen Oktoberrevolution oder das Nazi-Regime nach der Unterwerfung der europäischen Staaten.

Noch 1917 hatte der damalige US-Präsident Woodrow Wilson behauptet: „Wir haben keine selbstischen Ziele. Wir verlangen nach keiner Eroberung, keiner Vorherrschaft. Wir suchen keinen Schadenersatz für uns selbst, keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir bereitwillig bringen werden. Wir sind

lediglich einer der Vorkämpfer für die Rechte der Menschheit“. Und weiter: „Das sind amerikanische Prinzipien, amerikanische Politiken. Für keine anderen können wir einstehen. Und sie sind auch die Prinzipien und Politiken aller nach vorn blickenden Männer und Frauen, jeder modernen Nation, jeder aufgeklärten Gemeinschaft“ (zitiert nach der deutschen Übersetzung in Kissinger 2014:292).

Dabei beruhte und beruht der US-amerikanische Hegemonialismus nach Meinung von Li Xing (2016:32) – insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg – auf vier Prinzipien: Erstens auf der kapitalistischen Welt-Wirtschaftsordnung auf der Grundlage von Bretton Woods und der Liberalisierung des internationalen Handels; zweitens auf globalen und regionalen Sicherheitsallianzen zwischen den USA, Europa, Ost-Asiens und einzelner islamischer Länder; drittens auf einem globalen Welthandelssystem in Form eines auf Eurasien zentrierten Handelsnetzwerks; und viertens auf einem globalen Werte- und Normensystem bestehend aus den Grundwerten persönlicher Freiheit, liberaler Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und (friedlicher) internationaler Beziehungen.

Doch von dieser Ausrichtung der amerikanischen Aussenpolitik scheint sich der heutige Präsident der USA, Donald Trump, abgewendet zu haben.

Nicht erst seit der Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten, aber jetzt noch unverblümter und offensichtlicher, gibt es viele Fragen zur weiteren Entwicklung der US-amerikanischen Demokratie. Sind die USA die „grösste Demokratie der Welt“ oder ganz einfach ein im Niedergang begriffene-

nes Imperium, das sich mit allen Mitteln dagegen wehrt, seinen Einfluss in vielen Gegenden unseres Globus zu verlieren? Können und wollen die USA ihre jahrzehntelange Strategie des weltweiten militärischen Interventionismus weiterführen, der ja auch zu einem dichten, die Welt umspannenden Netz von rund 1000 US-amerikanischen Stützpunkten geführt hat. Die nachfolgenden Meldungen erhöhen nicht gerade das Vertrauen in den demokratischen Weg der USA.

Anfang Februar 2017 nannte Donald Trump das australisch-amerikanische Flüchtlingsabkommen in einem Tweet „dumm“, das noch Obama mit dem australischen Premierminister Malcom Turnbull Ende 2016 vereinbart hatte und das u.a. die Zusage der Übernahme von 1250 Flüchtlingen aus australischen Lagern auf Nauru und Manus mitbeinhaltete. Weil zuvor Trump noch mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin, also dem gemeinsamen Erzfeind Russland, telefoniert hatte, aber das Telefongespräch mit Turnbull beendete, als dieser das Syrien-Problem ansprechen wollte, fühlten sich die Australier brüskiert. Die sonst nüchterne Australian Financial Review hatte in ihrem Kommentar vom 2. Februar 2017 geschrieben, Trump habe Turnbull „wie ein Stück Scheisse an seinem Schuh“ (Zoll 2017:6) behandelt.

Nach ihrem ersten Telefongespräch mit Trump legte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel „in ungewöhnlicher Offenheit“ (Nuspliger et al. 2017:7) dar, dass sie dem neuen amerikanischen Präsidenten die Genfer Flüchtlingskonvention und ihre Bedeutung erklären müssen (Nuspliger et al. 2017:7). Ende Januar 2017 kam es in verschiedenen Städten Englands

und Schottlands zu spontanen Demonstrationen gegen Premierministerin Mays Einladung an Trump zu einem Staatsbesuch und gegen ihre restriktive Flüchtlingspolitik (vgl. Nuspliger et al. 2017:7).

Auch mit dem Autokrat Recep Erdogan scheint sich Trump gut zu verstehen – und umgekehrt! Nach dem gescheiterten – und möglicherweise von Erdogan selbst initiierten – Militärputsch im Juli 2016 erklärte Trump, er zolle dem türkischen Führer grosse Anerkennung, weil er in der Lage gewesen sei, das Steuer umzudrehen. Weiter sagte Trump auf die Nachfrage zur Legitimität der Reaktion Erdogans auf den Putsch, dass er den türkischen Präsidenten nicht aufrufen werde, Rechtsstaatlichkeit einzuhalten (vgl. Steinvorth 2017:12). Umgekehrt reagierte Erdogan auf Trumps Einreiseverbot für Muslime aus sieben islamischen Ländern auffällig mild, umso mehr als Trumps Sicherheitsberater und Ex-General Michael Flynn sich unmissverständlich dafür aussprach, den angeblichen Drahtzieher des türkischen Militärputschs von 2016, Fethullah Gülen, der in den USA lebte, sofort auszuweisen (vgl. Steinvorth 2017:12).

Es hat allen Anschein, dass sich unter der Führung Trumps ein „Kartell der populistischen Autokraten“ formiert, das aus Trump, Putin und Erdogan besteht, zu welchem 2017 weitere populistische Führer Europas und anderer Kontinente stossen könnten.

Russland

Einzelne Autoren – so etwa Heese und Gostomski (2015:180) – haben die Meinung vertreten, Russland sei weit davon entfernt, eine globale Geopolitik betreiben zu können. Sie begründen dies damit, dass Russland weder über eine weltweit einsetzbare Armee, noch über die erforderlichen Militärbasen im Ausland und auch nicht über entsprechende Verbündete in den Konfliktgebieten verfüge. Doch es gibt Anzeichen, dass dies – zumindest punktuell und regional – durchaus und zunehmend der Fall ist. So besitzt Russland im Assad-Regime in Syrien, im Warlord Haftar in Libyen, aber – begrenzt – auch im Iran und insbesondere in den zentralasiatischen Ländern, die früher einmal zur Sowjetunion gehörten, sowohl Verbündete und Militärstützpunkte – ganz abgesehen von einer langsamen aber stetigen Erhöhung seiner militärischen Kapazität. Dazu kommt, dass heute militärisch-imperiale geostrategische Ziele durch Cyber-Aktivitäten – und da ist Russland bereits heute führend –, durch den Einsatz von relativ geringen Zahlen von Spezialkräften und durch den Einsatz bewaffneter Drohen verfolgt werden können. Und man darf nicht vergessen, dass es für demokratiefeindliche oder autokratische Regierungen – wie Russland oder China – wesentlich leichter ist, erhebliche finanzielle Beträge für militärische Interventionen bereitzustellen als für prozedural eher schwerfällige Demokratien. Wenn es auch zutreffen dürfte, dass Russlands wirtschaftliche Kapazitäten nicht ausreichen, um rund um die Welt Kriege zu führen (vgl. Heese und Gostomski 2015:181), so sollte man jedoch nicht vergessen, dass die russischen Kapazitäten für eine technologische Kriegsführung light allemal reichen dürften.

Laut Cornelius Wüllenkemper (2017) läuft längst ein medialer heisser Krieg Russlands gegen die europäischen Demokratien Deutschland, Frankreich und die Niederlande mit dem Ziel, die im Jahr 2017 stattfindenden Wahlen zu beeinflussen. Dabei schrecken die russischen Medien – wahrscheinlich im Auftrag der Regierung – auch vor grössten Fake News nicht zurück. So behauptete etwa die Website „yournewswire.com“, Angela Merkel habe ein Selfie mit einem der Attentäter von Brüssel aufgenommen (vgl. Wüllenkemper 2017). Gleichzeitig werden die russischen Minderheiten in einigen EU-Ländern durch gezielte Desinformation des russischen Fernsehens indoktriniert. So sei Lettland ein „failed state“, der von der EU als billiger Arbeitsmarkt und als Absatzgebiet für minderwertige Produkte missbraucht werde. 2016 behauptete eine russische Falschmeldung, im Januar 2016 sei ein dreizehnjährige Russlanddeutsche von zwei arabischstämmigen Flüchtlingen festgehalten und vergewaltigt worden, und zahlreiche Angehörige der Russlanddeutschen demonstrierten vor dem Berliner Kanzleramt für „ihre Lisa“. Sogar der russische Außenminister Sergej Lawrow warf der deutschen Regierung vor, den Fall vertuschen zu wollen – dabei entpuppte sich das Ganze als plumpe Falschmeldung. Doch das Vorgehen hat Methode: Gefühle von Minderheiten werden aufgepuscht, Ressentiments gegen Regierung, Parlament oder Demokratie werden mit allen Mitteln gefördert mit dem Ziel, Unsicherheit, Angst und Hass auf die Regierung zu schaffen – klassische Methoden geheimdienstlicher Desinformation. Damit ist die Schlacht um die Wahrheit längst eröffnet, und alle Seiten versuchen, die Menschen im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen.

Wenn es auch durchaus stimmt, dass die militärischen Kapazitäten der USA und der NATO nach wie vor um ein Mehrfaches höher sind als diejenigen Russlands (vgl. Kapitel 3.2), so hat doch Russland im Falle des Georgienkonflikts und des Kriegs in der Ukraine klar gezeigt, dass es durchaus auch zu größeren und längeren militärischen Interventionen fähig ist, insbesondere an seiner Peripherie. Aber es stimmt ebenso, dass die offensive bis aggressive Politik der USA und der NATO gegenüber Russlands in Erinnerung an die US-amerikanische Containment-Strategie im Kalten Krieg (vgl. Meyer 2014:35) bei vielen Russen Ängste vor einer erneuten Einkreisungspolitik durch den Westen geschürt hat.

China

Infolge des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs Chinas in den letzten 20 Jahren wurde und wird dieses Land zunehmend zu einem politischen „global Player“. Das ist zweifellos auf der einen Seite legitim, insbesondere wenn man Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl – 2017 schätzungsweise rund 1,4 Milliarden Menschen – berücksichtigt. Auf der anderen Seite verfolgt China besonders im Südchinesischen Meer eine extrem expansive und aggressive Politik der militärischen Aufrüstung. China stützt nach wie vor das äusserst militaristische Nordkorea, und Demokratie und Menschenrechte sind in China deutlich unterentwickelt. Gleichzeitig scheint sich das Verhältnis zu den USA zu verschärfen. Das gilt auch von Seiten der USA.

Anfang Oktober 2015 schlossen die USA, Japan, Australien und neun weitere, teilweise grosse Länder am Pazifik, die so genannte Transpazifische Partnerschaft – englisch: „Transpacific Trade Partnership“ (TTP) ab. Dieses von 12 amerikanischen und asiatischen Ländern unterzeichnete Abkommen bezweckte, die Unterzeichnerstaaten auf Kosten von Drittstaaten im gegenseitigen Handel zu begünstigen. Das Abkommen hätte 40% des globalen Handels umfasst und richtete sich nach Meinung von Beobachtern insbesondere gegen China (vgl. Zulauf 2015:11).

Im Januar 2017 gab der neu gewählte US-Präsident Trump bekannt, dass er seine Unterschrift über das Abkommen über die Transpazifische Partnerschaft (TTP) verweigern werde. Weil für das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens TTP mindestens 85% des kombinierten BIP aller Mitgliedländer notwendig waren, konnte der Vertrag ohne die USA und Japan nicht in Kraft treten. Japan, das den Vertrag als erstes Land ratifiziert hat, ist skeptisch, ob das Abkommen ohne die USA weiter verfolgt werden kann oder ob statt dessen China aufgenommen werden soll (vgl. Müller 2017:25).

Dabei erfolgte der Rückzug der USA nicht, weil Trump die antichinesische Ausrichtung des Abkommens störte, sondern weil er die nationalistischen Interessen der USA zu wenig berücksichtigt fand.

EU oder Europa?

Besondere Aktualität hat heute die Auseinandersetzung um Europa und um die Gestaltung des „gemeinsamen europäischen Hauses“. Auf der einen Seite